

Datum: 19.02.2018

An die Bezirksbürgermeisterin als Vorsitzende der Bezirksvertretung Brackwede

## Antrag

### Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Brackwede	01.03.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Prüfung der Äußerungen des Vorstandes der Hicret-Gemeinde im Westfalen-Blatt vom 27.01.2018 durch das städt. Rechtsamt  
Antrag der UBF-Fraktion**

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Rechtsamt der Stadt Bielefeld zu fragen, welche strafrechtlichen Schritte gegen die Äußerungen des Herrn Selvet Kocabey im Artikel des Westfalen-Blatts vom 27. Januar unternommen werden können.

**Begründung:**

Die Äußerungen:

*" Wenn jedoch nun der immer stärker werdende Rechtspopulismus auch einige Politiker in Brackwede infiziert hat, das Bauamt widerrechtlich unter Druck gesetzt wird, um Diskriminierung gegenüber andersartig gläubigen Bürgern weiter voranzutreiben, dann müssen wir uns über ganz andere Dinge Gedanken machen".... " Wir hoffen, dass die Gerechtigkeit über den kranken Idealen steht"*

unterstellen der Bezirksvertretung Brackwede, bzw. deren Vertretern, mit diesem Inhalt Rechtsbeugung im Sinne des StGB § 339. Des Weiteren wird in unhaltbarer Weise allgemein Rechtspopulismus und Diskriminierung unterstellt, die durch anmaßende Interpretation zu der beleidigenden Äußerung führt, dass die Amtsträger " kranke Ideale" hätten.

Die Äußerung

*"...dann müssen wir uns über ganz andere Dinge Gedanken machen."*

lässt überdies spekulativen Freiraum in der Interpretation, was diese Dinge denn wohl sein könnten. Es ist dem Inhalt des Artikels zufolge nicht anzunehmen, dass diese "Dinge" mit Einsicht von Seiten des Verfassers zu erklären sind. Vielmehr lassen sie negative religiös legitimierte Aktionen vermuten, wogegen Amtsträger der Bezirksvertretung zu schützen sind.

**Unterschrift:**

gez. Dopheide

